

W I E N E R G E M E I N D E R A T

Sitzung vom 21. Dezember 1927

BERATUNG DES HAUPTVORANSCHLAGES 1928.

Bürgermeister Seitz eröffnet die Sitzung um vier Uhr nachmittags und kommt zunächst auf den gestern von Gemeinderat Kunschak überreichten Antrag zurück, in dem die Einstellung der Tätigkeit des Gemeinderates Reismann beim Wohnungsamt verlangt wird. Der Bürgermeister bemerkt hierzu: Bekanntlich war Gemeinderat Reismann Obmann der Wohnungskommission, die seinerzeit unter dem Besitze des Wohnungsanforderungsgesetzes vom Gemeinderat eingesetzt worden war. Mit dem Erlöschen des Anforderungsgesetzes wurde diese Kommission gegenstandslos und der amtsführende Stadtrat Weber betraute mit Genehmigung des Bürgermeisters den Gemeinderat Reismann mit der Liquidierung. Liquidationen dauern gewöhnlich längere Zeit. Ich habe mich in der Sache erkundigt und kann dem Gemeinderat bekanntgeben, dass nach den Mitteilungen sowohl des amtsführenden Stadtrates Weber als auch des Gemeinderates Reismann die Tätigkeit des letzteren als Liquidator dieser Kommission in der nächsten Zeit beendet sein wird. Sie wird keinesfalls länger als bis in den März dauern und hoffentlich schon früher beendet werden können. Damit wird jede Tätigkeit des Gemeinderates Reismann im Wohnungsamt ein Ende haben. Zum Schluss bemerkt der Bürgermeister, er könne den Antrag Kunschak nicht zur Verhandlung stellen, weil über die Gruppe, zu der er gehört, schon abgestimmt sei.

GR. Schmidt (soz. dem.) berichtet über Abänderungen im Budget der Verwaltungsgruppe V, dies infolge der Abänderung der Geschäftseinteilung für den Magistrat ergeben hat. Er ersucht, die Abänderungen zu genehmigen.

GR. Erban (E. L.) erklärt, dass der Strassenpflegebetrieb in den letzten Jahren sehr viel zu wünschen übrig gelassen hat. Strassenkehrer und Kehrmaschinen sind sehr selten zu sehen. Die Schneebeseitigung ist ebenfalls ein sehr trauriges Kapitel. Für die Schneebeseitigung werden viel zu wenig Arbeitslose eingestellt. Auf dem Gebiete des Strassenbaues und der Strassenerhaltung geschieht ebenfalls

fast gar nichts. Es wäre höchste Zeit, für den Strassenbau im Budget grössere Posten einzustellen. Bei der Aktion Wien im Blumenschmuck wäre es angezeigt, mehr Preise zu stiften. Der Redner wünscht dann die Schaffung eines Kinderbades im Schwimm-, Sonnen- und Luftbad Hohe Warte, eine bessere Verkehrsmöglichkeit zum Bad Krapfenwaldl sowie eine bessere Reinigung der Badekabinen. Die Behauptung des Stadtrates Richter, dass die Beleuchtung Wiens den Friedensstand erreicht hat, ist unrichtig. Es wäre nur zu wünschen, wenn der Friedenszustand bald erreicht sein würde. Gemeinderat Erban bringt dann verschiedene Bezirkswünsche vor und erklärt schliesslich, nicht für das Budget stimmen zu können. (Beifall bei der Minderheit).

GR. Müller (E. L.) erklärt, dass die Zentralsparkasse der Gemeinde Wien durch den Mieterschutz bald in die Lage kommen wird, bei ihr eingelegte Gelder nicht mehr in Wien anlegen zu können, weil der Hausbesitz durch den Mieterschutz an einer Kreditaufnahme gehindert wird. Der Redner wünscht, dass nicht alle Gaslaternen in Wien ausser Betrieb gesetzt und wenigstens in frequentierten Strassen an den Kreuzungspunkten eine Gaslaterne beibehalten werden soll. Er bringt ebenfalls einige Bezirkswünsche vor, darunter auch den Wunsch, die Gemeinde

die möge die Liesingtalkanalisation, zu deren Bau zwanzig Prozent der Kosten beizutragen sie sich verpflichtet hat, entsprechend fördern. (Beifall bei der Minderheit).

GR. Kunschak (E. L.) kommt auf die Antwort, die der Bürgermeister auf seinen Antrag wegen Einstellung der Tätigkeit des Gemeinderates Reismann im Wohnungsamt erteilte. Ich muss feststellen, sagt der Redner, dass wir auch diesen Standpunkt des Bürgermeisters nicht akzeptieren können und dass wir nach wie vor den Standpunkt vertreten, dass die Tätigkeit des Gemeinderates Reismann im Wohnungsamt unter allen Umständen verfassungswidrig ist. (Lebhafter Beifall bei der Minderheit). Wir können daher auch nicht zur Kenntnis nehmen, dass dieser Zustand noch bis Mitte März andauern soll, obwohl wir andererseits gewiss anerkennen, dass man sich jetzt doch für verpflichtet erachtet, diesem Zustand ein Ende zu bereiten. (Lebhafter Beifall bei der Minderheit).

GR. Stöger bemerkt, Lueger habe Wien zu einer Gartenstadt, zu schönsten Stadt der Erde gemacht. Als die Christlichen Sozialen zur Herrschaft kamen, waren 800.000 Quadratmeter städtischen Anlagen gewidmet, zehn Jahre später umfasste die Fläche eineinhalb Millionen und selbst in der Kriegszeit wurden neue Gartenanlagen errichtet. Seither geht es sehr langsam. Beim Umsturz waren 190 Hektar Gartenfläche, am Beginn des Jahres 1927 nur 228 Hektar. Der Redner fragt den Referenten, wie gross die Vermehrung der Gartenfläche im Jahre 1927 war und bezeichnet es als erfreulich, dass der Referent eine Vermehrung um dreissig Hektar für 1928 ankündigte. Wichtiger als der Ausbau ist die Ausgestaltung der Gartenanlagen, die durch den Krieg sehr gelitten haben. In Wien gibt es heute keine Anlage, die an die von Hübner geschaffenen Blumenwunder heranreicht, da zu wenig Mittel für diesen Zweck aufgewendet werden. Der Redner appelliert an den Referenten, diesem Zweck mehr Mittel zu widmen, er verlangt insbesondere die Anpflanzung von mehr Coniferen und die Vermehrung der Bäume in den Baumalleen. Sodann beschäftigt er sich mit der Strassenpflege und erhebt namentlich wegen der Vernachlässigung der Wieden auf dieser Beziehung Beschwerde. Im vergangenen Jahre wurde eine einzige Strasse repariert und auch im kommenden Jahre soll es nicht besser werden. Die Zurücksatzung der Wieden ist unerträglich. Der Redner fragt den Referenten, warum nicht mehr Schneeschaufler eingestellt werden. Beim Betrieb "Bäder" frage er neuerlich, wann endlich die Abrechnung über das Amalienbad vorgelegt werden wird. Das Schieberbad im 10. Bezirk wurde ja mit ungeheuren Kosten errichtet, während z. B. das Volksbad auf der Wieden, das für die Mittelschichten und das Proletariat bestimmt ist, drei Tagen in der Woche fast immer aus Ersparungsrücksichten geschlossen bleiben muss. (Lebhafter Beifall bei der Minderheit).

GR. Prinke (E. L.) beschwert sich darüber, dass in Simmering zu wenig Wasserhydranten vorhanden sind, sodass bei Brandkatastrophen sehr böse Situationen entstehen. Ein grosser Missstand besteht bei der Teerag, die ihre Abwässer nicht in den Donaukanal, sondern in die angrenzenden Gärten ableitet. Die Gemeinde ist an dieser Unternehmung mit 40 Prozent beteiligt und könnte diesen Uebelstand gewiss abstellen. Jetzt werden die Gärtner furchtbar geschädigt, weil das Gemüse nach Teer riecht und nicht verkauft werden kann. Die Simmeringer Gärtner haben sich wiederholt an die Gemeinde um Wasserversorgung gewendet, bis heute ist aber nichts geschehen. Es wäre wünschenswert, wenn die Gemeinde diesen Leuten entgegenkommt.

Redner bringt dann einige Bezirkswünsche vor. Vor allem wünscht er, dass in Simmering mehr Parkanlagen geschaffen werden, dass das Simmeringer Bad durch einen Zubau vergrössert wird und die Strassenpflege, die in diesem Bezirk viel zu wünschen übrig lässt, auf einen höheren Stand gebracht wird. Wiederholte Wünsche der Bezirksvertretung, die von den Vertretern aller Parteien geäussert wurden, blieben leider bis jetzt unberücksichtigt.

GR. Merbaul (E. L.) tadelt, dass die Gemeinde für eine Schneefuhr, die vier Kubikmeter Schnee befördert, vier Schillinge bezahlt. Die Strassenaufseher lassen aber immer sieben Kubikmeter aufladen, wodurch natürlich die Fuhrleute geschädigt werden. Auch für den Sonntagsdienst gilt die gleiche Bezahlung. Weil nun die Fuhrleute bei dieser Entschädigung ihre Kutscher nicht für den Sonntagsdienst entsprechend bezahlen können, sind auch am letzten Sonntag keine Fuhrwerke zur Schneebeseitigung ausgefahren. Der Redner kritisiert dann noch die Lieferung von schlechten Wassermessern und wünscht schliesslich, dass seine vorgebrachten Bezirkswünsche erfüllt werden. (Beifall bei der Minderheit).

GR. Pfeiffer (E. L.) meint, dass das Budget von einem sehr engen Horizont begrenzt ist. Es nimmt auf viele Dinge, für die die Technik Interesse haben müsste keine Rücksicht. Es lässt nicht erkennen, ob und inwieweit sich die Gemeindeverwaltung der Bedeutung des Wienerwaldes als Siedlungsgebiet bewusst ist, welche Bedeutung der Donau und welche Bedeutung dem Flugverkehr zukommt. Die technische Arbeit der Gemeinde darf nicht im Häuserbau erstarren. Genau so wie Wien sich vom Tullnerbecken, dem ebenfalls eine Bedeutung als Siedlungsgebiet zukommt, abgeschlossen hat, so hat es sich auch vom Marchfeld abgeschlossen. Wien hat die Pflicht die Fühlung mit dem flachen Lande zu suchen. Es ist einmal eine unnatürliche Sache, zwischen Niederösterreich und Wien den Trennungsstrich gezogen zu haben. Trotz dieser Trennung soll jedoch der Gedanke des wirtschaftlichen Zusammenhanges zwischen Wien und Niederösterreich wieder aufleben. Die Bedeutung der Donau für Wien werde ebenfalls unterschätzt. Der Nationalrat hat beantragt, die österreichische Donau zu einer Grossschiffahrtsstrasse auszugestalten. Diese Sache kann die Bundesregierung selbstverständlich nicht allein durchführen, dazu ist auch die Gemeinde Wien notwendig. Vor dem Krieg betrug der Jahresumschlag in Wien mehr als zwei Millionen Dollar. Wir haben wohl in Wien Landungsplätze mit einer Länge von acht Kilometern und den Freudenaue-Hafen. Das ist jedoch zu wenig. Die Idee des Rhein-Main-Donaukanals ist nicht fallen gelassen und da muss man sich doch der Bedeutung/bewusst sein, wenn auf der Donau aus den reichen deutschen Industriezentren die Waren an Wien vorbei nach Osten geführt werden. Unsere Blicke müssen in die weite Zukunft gerichtet sein, denn ich darf wohl sagen, dass unsere Zukunft auf der Donau liegt. Die Gemeindeverwaltung geht auch sahtlos an dem Flugwesen vorüber. Wien tut nichts, um Aspern zu einem internationalen Flugplatz auszubauen. Die Gemeinde Wien müsste der Förderung des Flugverkehrs die allgrößte Aufmerksamkeit zuwenden. Der Redner ersucht den Referenten sich zu den von ihm berührten Fragen zu äussern. (Lebhafter Beifall bei der Minderheit).

GR. Hörnayer (E. L.) verlangt die Einstellung einer grösseren Post zur Vornahme von Reparaturen an der Pfarre St. Leopold. Er verlangt die endliche Renovierung des Tegetthoffdenkmals und ersucht der Strassenpflege in der Leopoldstadt mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Die Abfallkörbe sollten nicht an Stöcken angebracht werden, was eine Verkehrshinderung bedeutet, sondern an den Häusern. Ebenso müssten die Gartenanlagen in der Leopoldstadt ausgebaut werden. Dies gilt namentlich von der Gartenanlage an der Reichsbrücke. Der Redner beantragt die Schaffung einer Parkanlage mit Kinderspielplatz an der Stelle des städtischen Stei-

lagerplatzes in der Oberen Donaustrasse, ferner beantragt er, der amtsführende Stadtrat sei zu beauftragen, sofort die Vorarbeiten für die Schaffung eines städtischen Bades im Bezirksteil "Donaustadt" zu treffen und die erforderlichen Kredite so rechtzeitig anzusprechen, dass mit dem Bau noch im Jahre 1928 begonnen werden kann. Er bringt sodann zahlreiche Wünsche hinsichtlich der Strassenerhaltung in der Leopoldstadt vor und erwähnt unter anderem die Böcklinstrasse, Obere Donaustrasse und den Handelskai. Er fordert, dass die fehlenden Stücke der Kaimauer zur Ausführung gebracht werden und dass die Beleuchtung im zweiten Bezirk insbesondere auf den Sportplätzen verbessert werde. Sodann erneuert er den wiederholt vorgebrachten Wunsch, dass die Marienstatue auf der Marienbrücke, ebenso wie früher beleuchtet werde. Dazu sei nur notwendig, dass 27 Birnen angeschafft werden. (Lebhafter Beifall bei der Minderheit).

GR. Dirisamer (E. L.) beschäftigt sich mit den Wasserrohrbrüchen der letzten Zeit, insbesondere mit dem Wasserrohrbruch in der Schlachthausgasse, als deren Grund er die wenig sorgfältige Arbeit bei Erneuerungen und Auswechslungen der Rohrstränge angibt. Es müsste alles vorgekehrt werden, damit die Schäden so rasch wie möglich behoben werden. Dazu ist vor allem ein Ausbau des Bereitschaftsdienstes notwendig. Aus dem Werkstättenpersonal müsste eine Anzahl von Arbeitern zu diesem Zweck geschult und herangebildet werden. Beim Gartenwesen werde selbst Parteilpolitik betrieben. Er verlangt die Herstellung einer Reihe Anlagen auf der Landstrasse, insbesondere auf der Erdbergerlände zwischen der Wassergasse und der Franz Hauegasse, die Ausgestaltung des Kanalräumungsdienstes und wendet sich dagegen, dass den Hausbesorgern zugemutet werde, ohne irgendeine Entschädigung, das Trottoir von den Eiskrusten zu räumen, während die Sozialdemokraten die Trottoirreinigung früher als eine Pflicht der Gemeinde hinstellten. Die Schneesäuberung ist gegen früher ein Jammer. Trotz der Schneeaufschlagmaschine, die man eigens aus Amerika angeschafft hat, geht die Schneesäuberung nicht rascher vor sich. Er beschäftigt sich sodann mit der Strassenherstellung und bemerkt, es wäre zweckmässig, mit Rücksicht auf den stärkeren Verkehr von der Makdamisierung ab und zur Steinpflasterung überzugehen. Für den dritten Bezirk geschehe in Bezug auf Strassenherstellungen sehr wenig. Insbesondere die Strassen, die durch die Wohnhausbauten in sehr schlechten Zustand gekommen sind, müssten repariert werden und wäre dies auf das Konto der Wohnhausbauten zu buchen. Unter den notwendigen Strassenherstellungen hebt er insbesondere die der Marxergasse hervor. (Lebhafter Beifall bei der Minderheit).

Die Verhandlung für den Voranschlag wird sodann unterbrochen und zur Erledigung einiger dringender Gegenstände der Tagesordnung geschritten.

GR. Stein referiert in Vertretung des Vizebürgermeisters Smayling über einen Nachtragskredit von 250.000 Schilling, für den Ausbau der öffentlichen elektrischen Beleuchtung.

HR. Waldsam (E.L.) verweist auf die Mitteilung "Metallar-
 beiter" dass die Arbeiterschaft der Elektrizitätswerke durch den Ver-
 trag eine nicht unbeträchtliche Einbusse an Lohnsinnahmen auf sich
 nehmen musste. (Hört! Hört! bei der Minderheit). Der Redner beantragt,
 die Kündigungsklausel dahin zu ändern, dass es dort zu heissen hat "wenn
 sich die Kosten der Lebenshaltung nicht wesentlich geändert haben". Er
 weist sodann darauf hin, dass der Vertrag eine ganze Reihe von Ver-
 schlechterungen aufweise. Das Recht der Betriebsräte wird eingeschränkt
 (Hört! Hört! bei der E.L.) die Normalarbeitszeit wird verschlechtert, hin-
 sichtlich der Frühstückspausen tritt eine Verschlechterung ein. Während
 es bisher einen eigenen Mietzinsbeitrag gegeben hat, ist dieser Bei-
 trag nun in den Stundenlöhnen enthalten. Wenn man bedenkt, dass die
 Elektrizitätsarbeiter mit den Ueberständen die 56stundenarbeitswoche
 hatten, so ergibt sich bei den Vorarbeitern ein Verlust
 von 12 bis 16'58 Schilling bei den Facharbeitern von
 10'72 bis 10'80 bei den angelernten Arbeitern von 7'42 bis 8'40 und
 bei den Hilfsarbeitern Minderbeträge bis zu drei Schilling 10 Groschen.
 Auch die Qualifikationszulage ist wesentlich verschlechtert.

es wäre nur im Interesse der Elektrizitätsarbeiter gelegen gewesen,
 wenn dieser Vertrag nicht abgeschlossen worden wäre, weil sie durch
 den Abschluss nur benachteiligt sind. Die Minderheit übernehme für die-
 sen Vertragsabschluss keine Verantwortung. (Beifall bei der Minderheit).

ST.R. Speiser erwidert, dass 74 Prozent, also fast drei-
 viertel der Belegschaft für diesen Vertrag gestimmt haben. Der Ver-
 trag wurde unter gewissen Schwierigkeiten abgeschlossen, weil die
 Einführung des reinen 48stundendienstes in einem kontinuierlichen Be-
 trieb nicht einfach ist. Vor dem Vertragsabschluss war im Elektrizitäts-
 werk die 52stundenwoche. Es musste jeder Arbeiter vier Ueberstunden
 wöchentlich machen. Jetzt wurde restlos die 48stundenwoche eingeführt.
 Es wurden die Nachtschichtzulagen erhöht und die Sonntagschichtzulagen
 eingeführt. Ueber die Stundenlöhne ist zu sagen, dass der Elektrizitäts-
 werksarbeiter nach 25 Dienstjahren einen Stundenlohn von 1'72 Schilling
 hat, während in den Bundesbetrieben nach 35 Dienstjahren, also um zehn
 Jahre mehr, nur 1'37 Schilling gezahlt werden. Ein Vorarbeiter bekommt
 nach 25 Dienstjahren im Elektrizitätswerk 1'76 Schilling für die Stun-
 de, in den Bundesbetrieben nach 35 Dienstjahren nur 1'42 Schilling.
 Die Arbeiter werden mit diesem Vertrag zufrieden sein. Der Wiener
 Gemeinderat kann mit grosser Beruhigung dem Vertrag zustimmen. (Bei-
 fall bei der Mehrheit).

Die Vorlage wird angenommen. Die Anträge des Gemeinderates
 Daffinger werden abgelehnt.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft und der Vorsitzende
 Gemeinderat Hofbauer schliesst nach dreiviertel Elf Uhr nachts die
 Meldung.